

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Postzelle 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Stärkt unseren Kampfschatz!

Die leitenden Verbandsinstanzen haben zur Zahlung eines Zuschlagbeitrages angefordert. Für die Woche vom 23. bis 30. August soll, mit äußerster Zahlungspflicht bis zum 13. September, täglich je ein Stundenlohn, insgesamt also sechs Stundenlöhne geleistet werden. Der Ertrag dieses Zuschlagbeitrages ist jagungsgemäß an die Hauptkasse abzuführen, jedoch verbleiben 10 Prozent den Verwaltungsstellenkassen.

Zuschlagbeiträge sind keine Extrabeiträge, sondern ganz unmittelbar eine statutarische Leistung, zu der die Mitglieder ohne weiteres verpflichtet sind. Wenn Mitglieder in einem Kampfgebiete während eines Streiks zu neuen Bedingungen oder während einer Aussperrung weiter arbeiten, dann sollen sie zur moralischen und materiellen Unterstützung der im Kampfe befindlichen Kollegen ein besonderes Opfer bringen, so bestimmt es die Satzung. Nun kann der Begriff Kampf- oder Streikgebiet heute nur noch selten rein örtlich angewandt werden. Die Entwicklung vom Orts- zum Bezirksarbeitsvertrag hat es mit sich gebracht, daß meist immer gleich ganze Länder und Provinzen in den Kampf gerissen werden. Durch die neuerliche, auf Vereinheitlichung der Abnahmetermine gerichtete Politik des Arbeitgeberverbandes hat der Begriff „Kampfgebiet“ abermals eine Erweiterung erfahren. Tatsächlich handelte es sich bei der Forderung durch das zentrale Lohnabkommen abgeklärter Bewegung zuletzt nicht mehr um Einzelkämpfe in Baden, Sachsen, Berlin usw., sondern um einen einheitlichen Kampf über etwa ein Drittel des deutschen Reichsgebietes. Durch die Drohung mit der Generalaussperrung, die ja auch nur im letzten Moment abgewendet wurde, war ganz Deutschland zum Kampfgebiet geworden, und bleibt es auch, bis die noch ausstehenden Bezirke zu einer Neuregelung ihrer vor dem Ablauf stehenden Verträge gekommen sind. Verbandsvorstand und -ausschuss handelten deshalb völlig in Ausführung der Satzung (§ 22, Abs. 1), als sie von allen nicht am Kampfe beteiligten gewesenen Kollegen die Zahlung von Zuschlagbeiträgen forderten.

Ist es notwendig, mehr zur Begründung zu sagen? Vielleicht doch. Uns scheint, vielen Kollegen ist noch gar nicht recht klar geworden, was die besondere Bedeutung der eben abgeschlossenen Bewegung ausmacht. Das ist die Tatsache, daß die Industrie diesmal ganz unmittelbar in die Kämpfe des Baugewerbes eingriff, ja, der Kampf gegen diese fast mehr zu führen war als gegen die eigenen Unternehmer. Was diese Herrschaften wollen, ist klar. Begünstigt durch eine ungünstige Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage haben sie ihren Arbeitern Löhne aufgezwingen, die man nur als Glendelöhne bezeichnen kann. Verdienen die Bauarbeiter mehr, dann besteht die „Gefahr“, daß sich auch die Industriearbeiterlöhne nicht auf ihrem jetzigen niedrigen Niveau halten lassen. Darum also der manchmal schon fast pathologisch anmutende Kampf gegen die „unerträglich hohen“ Bauarbeiterlöhne. Zammern wir nicht darüber, sondern stellen wir uns darauf ein, daß es auch in Zukunft so sein wird.

Es sind übrigens nicht nur die Löhne, die das industrielle Unternehmertum so mit Mut gegen die Bauarbeiter erfüllen. Die Bauarbeiter haben sich zu 90 Prozent den Achtstundentag zu wahren gewußt. In der Industrie herrscht vielfach eine längere Arbeitszeit. Auch hier befürchten die Industriellen „able“ Rückwirkungen von den baugewerblichen auf ihre eigenen Verhältnisse. Bereits vor einigen Monaten konnten wir von einem Beschluß der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände berichten, wodurch den Unternehmern Sonderbeiträge zur Bildung eines Kampfschatzes gegen den Achtstundentag auferlegt wurden. Wie ernst es mit diesem Extrabeitrag im Arbeitgeberlager genommen wird, beweist ein vertrauliches Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes im bergischen Industriebezirk (Sitz Elberfeld), das ein günstiger Wind der christlichen „Textilarbeiter-Zeitung“ auf den Tisch trug. In dem Rundschreiben wird die Höhe des Extrabeitrages noch einmal bekanntgegeben und dieser ausdrücklich als „Sonderumlage... für die Durchführung einer erfolgreichen Arbeitszeitpropaganda“ bezeichnet. Damit über den Charakter dieser Arbeitszeitpropaganda nur ja kein Mißverständnis entstehen kann, wird als Zweck der Sonderumlage angegeben, „mit allen Mitteln für die Beibehaltung der verlängerten Arbeitszeit zu wirken“. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes erwartet, daß die Mitglieder sich nicht mit den vorgeschriebenen Mindestleistungen begnügen, sondern daß alle diejenigen Firmen, die hierzu irgend in der Lage sind, vor allen Dingen aber alle größeren Firmen, freiwillig höhere Beträge... für die ja außer-

ordentlich bedeutungsvolle Aufgabe zur Verfügung stellen“. Da die Sache so brandeilig ist, hat der Verband „vorläufig — vorzugsweise aus Verbandsmitteln — bereits einen erheblichen Beitrag nach Berlin überwiesen“. Noch ein weiterer Satz aus dem Rundschreiben sei zitiert: „Die Umlage muß in Anbetracht des Zweckes, der erreicht werden soll, noch als verhältnismäßig sehr bescheiden angesehen werden.“

Auch zur Haltung unserer Arbeitgeber muß notwendig ein Wort gesagt werden. Die Zeitschrift „Das Baugewerbe“ hat sich darüber beklagt, daß die Bauarbeiterorgane den Arbeitgebern Unerschöpflichkeit und Kampfeswille vorgeworfen haben. Das Blatt will, unter Hinweis auf die vollzogene Einigung, abwarten, ob die Bauarbeiterorganisationen auch fernerhin die Behauptung aufrechterhalten wollen, daß die Bauarbeiterschaft nicht zum Frieden bereit sei. Es solle, so wird versichert, von Arbeitgeberseite alles vermieden werden, was den guten Glauben auf der Gegenseite zerstören könne. — Es soll anerkannt werden, daß es die Bauunternehmer infolge des Druckes der Industriellen nicht leicht haben, Lohnerhöhungen zu bewilligen, soll insbesondere anerkannt werden, daß sie trotz dieses Druckes das zentrale Lohnabkommen mit Lohnaufbesserungen mit uns schlossen und dadurch den Frieden ermöglichen halfen. Aber damit ist nur der erste Schritt auf dem Wege zum Frieden getan, der zweite muß noch folgen, nämlich bei der Erneuerung der demnächst zum Ablauf kommenden Bezirksverträge. Bereits hat der Rheinisch-westfälische Baugewerbeverband das bezirksliche Abkommen zum 30. September d. J. gekündigt. Wörtlich heißt es in dem Kündigungsschreiben: „Die Verbände der Arbeitgeber beabsichtigen, von diesem Zeitpunkt an eine den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorzunehmen.“ Das kann nur heißen, daß die rheinisch-westfälischen Bauunternehmer zum 1. Oktober einen Abbau der Bauarbeiterlöhne durchzuführen gedenken, denn gegen die Annahme des Gegenteils würden sie sich vermutlich selber am meisten wehren. Wir können beim besten Willen nicht finden, daß sich in diesen Absichten des Rheinisch-westfälischen Baugewerbeverbandes eine besondere Friedensbereitschaft bekundet.

Kann nach alledem noch ein Zweifel bestehen, daß die Zahlung des ausgeschriebenen Zuschlagbeitrages eine eiserne Notwendigkeit darstellt, der sich niemand ohne schwerste Gefährdung seiner ureigensten Interessen entziehen kann? Die Antwort ist in dem oben zitierten Satz in dem Rundschreiben des bergischen Arbeitgeberverbandes gegeben, der mit einer kleinen Umänderung lautet: „Der Zuschlagbeitrag muß in Anbetracht des Zweckes, der erreicht werden soll, noch als verhältnismäßig sehr bescheiden angesehen werden.“

Bauarbeiter Deutschlands — vergesse es nicht!

Von J. G. Bannier

Der nachstehende Aufsatz ist vor Abschluß unserer letzten großen Lohnbewegung geschrieben worden, hat aber inzwischen an Aktualität nichts verloren. Wir geben ihn gern wieder, ohne uns jedoch mit jeder einzelnen Wendung zu identifizieren.

Die Schriftleitung.

Der Kampf der deutschen Bauarbeiter um angemessene Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat in der Gesamtheit der Unternehmerorganisationen Energien ausgelöst, die bisher ohne Beispiel sind. In der erfolgreich bearbeiteten diesjährigen Lohnbewegung in Rheinland und Westfalen verfolgte die Schwerindustrie die „töbliche“ Absicht, die Forderungen der Bauarbeiter zu hinterziehen. Es müßte ihr jedoch nichts, der gewerkschaftliche Erfolg blieb auf Seiten der Bauarbeiter. Die derzeitige Lohnbewegung der Bauarbeiter umfaßt das ganze Reichsgebiet. Dementsprechend haben auch die Bauunternehmer ihre „Schutztruppen“ herangezogen. Nicht nur mehr die westfälische Schwerindustrie, sondern alles, was „Wirtschaft“ heißt, hat sich zu einem „Bündnis gegen die Bauarbeiter“ zusammengeschlossen. In einer gemeinsamen Kundgebung sämtlicher Bauleitungen, des Industrie-, Handels-, Handwerkskammer- und Gewerbetagertages, der Arbeitgeberverbände der Versicherungsunternehmen, des Einzelhandels, des Großhandels, der Industrie, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände werden vom kleinsten Krämer bis zu den Banken die privaten und amtlichen Organe der Wirtschaft gegen die Bauarbeiter mobil gemacht. Alle zu-

ammen wollen die „Wirtschaft retten“ (gemeint ist ihr profitkapitalistisches System) vor den „unerjätlichen“ Bauarbeitern. Sie müssen das auch, denn sonst könnte man ja Bergarbeitern, Metallarbeitern u. a. Arbeitergruppen nicht weiterhin geradezu Hungerslöhne zahlen.

Die Bauarbeiter werden sich auch in diesem Kampfe zu wehren wissen (falls nicht noch im letzten Augenblick die geplante Generalaussperrung im Baugewerbe durch Verhandlungen vermieden wird). Worauf es in diesen Zeiten ankommt, ist die gewaltige Zusammenfassung der Unternehmerkräfte aufzuzeigen, die noch nie so stark in die Erscheinung getreten ist, wie anlässlich dieses Bauarbeiterkampfes. Lohnbewegungen sind schon früher Anlass für die Arbeitgeber gewesen, sich trauffer zusammenzuschließen. Der berühmte Krimmischerer Textilarbeiterstreik wurde seinerzeit die äußere Veranlassung für die organisatorische Zusammenfassung der Arbeitgeberverbände. Die derzeitige Lohnbewegung der Bauarbeiter zeitigt das geschlossene Zusammenstehen der gesamten Wirtschaft gegenüber einer einzigen Berufsgruppe. Es ist anzunehmen, daß diese Wirtschaftskräfte, einmal zusammengeführt, auch für andere Abwehrbewegungen zusammen bleiben werden. Welche Auswirkungen dies für die künftigen wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeitnehmer auslösen kann, hängt ganz davon ab, in welchem Ausmaße die Arbeitnehmer ihre Kräfte nicht nur als Arbeitnehmer zusammenfassen, sondern auch ihren notwendigen Einfluß auf die Wirtschaft selbst betreibt. Hier ist auf Arbeitnehmerseite bisher viel verjäumt worden. Wohl ist nach dem Kriege es als eine der Hauptaufgaben der Arbeitnehmer erkannt worden, mitbestimmenden Einfluß auf die Wirtschaft zu erlangen. Wie wenig bis heute ein solcher Einfluß erreicht ist, beweist uns die in allen Berufen vorhandene Machtstellung der Unternehmer, die ihren Höhepunkt in der schon angeführten gemeinsamen Kundgebung gegen die Bauarbeiter findet.

Die Masse der Arbeitnehmer erkennt nicht genügend den Weg, der zu wirtschaftlichem Einfluß führt. Nicht in der gewerkschaftlichen Kraft allein — sondern erst in Verbindung mit der Verbraucherkraft ist die Möglichkeit des Einflusses auf die Wirtschaft gegeben.

Wir müssen uns einen Augenblick mit dieser Wirtschaft beschäftigen, ihre scheinbare Kompliziertheit auf eine klare Linie bringen, die dann leicht zu übersehen ist.

Die wesentlichen Merkmale unserer Gesamtwirtschaft sind Produktion, Handel und Verkehr. Sie dienen der Warenherzeugung und der Verteilung der Verbrauchsgüter. Alle erzeugten Verbrauchsgüter dienen nur dem Verbrauch. Darum ist auch der Verbrauch die Grundlage der Wirtschaft.

Die Arbeitnehmer sind aber nicht nur die Erzeuger, sondern auch die Verbraucher (mithin Abnehmer, Absatzmarkt) für die von ihnen hergestellten Verbrauchsgüter, denn sie bilden mit ihren Familien mehr als 75 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung. Sie sind mithin tatsächlich als Verbraucher ihre eigenen Arbeitgeber. Wegen dieser ihrer Doppelseitigkeit müßten sie allein im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen — sie bestimmen und leiten.

Von diesem natürlichen Idealzustand sind wir jedoch weit entfernt. Heute leiten Unternehmer, die man jählich Produzenten nennt, und Händler als Warenverteiler die Wirtschaft. Weder der Arbeitnehmer als solcher, noch als Verbraucher hat auch nur mitbestimmenden Einfluß. Dieser verkehrte Zustand ist in Jahrhunderten geworden und in allen Kulturstaaten in der Gesetzgebung gesichert und verankert, so, daß auch die meisten Menschen diese umgekehrte Ordnung für richtig und selbstverständlich halten.

Doch dieser staatliche und gesetzliche Schutz „ihres“ Wirtschaftssystems genügt den Unternehmern von heute nicht. Man hat sich dazu noch einen „Selbstschutz“ organisiert, wie er großzügiger nicht gedacht werden kann. Das „Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich“ für 1925 (30. Sonderheft des Reichsarbeitsblattes) gibt darüber Aufschluß. Demnach sind heute der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände 1963 Arbeitgeberverbände angeschlossen. Das ist die geschlossene Einheitsfront der Unternehmer gegenüber den Organisationen der Arbeitnehmer aller Berufe (Arbeiter, Angestellte und Beamte). 1003 Industrieverbände, 61 Handwerkerverbände, 256 Großhandelsverbände, 73 Einzelhandelsverbände, 2500 Preis-tabelle in der Industrie, 400 im Großhandel und 150 im Kleinhandel bilden die noch wichtigeren Einheitsfront von Lande-

Wirtschaft und Industrie, Handel und Gewerbe gegenüber der großen Verbrauchermafse.

Die gesamte Gütererzeugung, ihre Verteilung, die Festsetzung der Güterpreise durch Kartelle und Konzerne, alles ohne Berücksichtigung und Mitwirkung der Verbraucher, wird durch diesen Apparat geleitet.

Das einzige Zielstreben dieser ungeheuren Organisationskräfte ist „Sicherung des Unternehmergewinnes“ auf Kosten der anderen, d. h. der Arbeitnehmer und Verbraucher.

Die Stellung der Unternehmer im Wirtschaftsleben gleicht einer starken, von allen Seiten geschützten Festung. Sie wäre zu begrüßen, wenn nicht die berechtigten Interessen gerade der Ärmsten im Volke, der Arbeitnehmer und Verbraucher, zu kurz kämen.

Und ist es nicht eigentümlich? Den stärksten Schutz dieser Unternehmerfestung bildet die große Masse der Verbraucher und der Arbeitnehmer!

Denn der Verbrauch ist doch die Grundlage der Wirtschaft; nicht der Unternehmer oder der Produzent. Ohne Verbrauch keine Produktion. Und die Verbrauchermafse bilden doch in erster Linie die Arbeiternehmer. Aus ihnen werden die Riesengewinne unserer Gesamtwirtschaft herausgepreßt.

Das ist das Entscheidende für die Arbeitnehmer und Verbraucher. Hier muß man fragen: Muß das denn so sein, und vor allem: Sollen denn die Arbeitnehmer und Verbraucher das, ihre wirtschaftlichen Segner stützen?

Was haben Arbeitnehmer und Verbraucher getan, um diesem Uebel zu begegnen? Wir haben Gewerkschaften gebildet mit 13,3 Millionen Mitgliedern. Das ist ebenfalls eine gewaltig entwickelte Arbeiterkraft, die jedoch dadurch beeinträchtigt wird, daß einzelne Gruppen und Richtungen sich in grundtätigen und taktischen Fragen bitter bekämpfen. Die Unternehmer tun das nicht. Sommerhin sind die gewerkschaftlichen Erfolge der Arbeitnehmer für die Regelung der Arbeitsverhältnisse groß. Den notwendigen Einfluß auf die Wirtschaft konnten sie jedoch nicht erringen.

Diesen Einfluß der Arbeitnehmer auf die Wirtschaft zu gewinnen, ist der Verbraucherbewegung vorbehalten. Es war der verhängnisvollste Irrtum der organisierten Arbeitnehmer, daß sie ihre Verbraucherinteressen für weniger wichtig hielten als ihre Arbeitnehmerinteressen. Dadurch ging ihnen bis heute der notwendige Einfluß auf die Wirtschaft selbst verloren.

Nur 44 Millionen Arbeitnehmer sind der Verbraucherbewegung, den Konsumvereinen, angeschlossen. Jedoch auch diese sind nur wenig zuverlässig. Der Jahresumsatz belief sich für 1924 auf durchschnittlich 16 M. pro Mitglied. Eine vierköpfige Mitgliedsfamilie mit dem bescheidenen Verbrauch von nur 3 M. pro Kopf und Woche müßte jährlich für 624 M. aus ihrem eigenen Konsumverein an Waren entnehmen. Wenn aber gar die 13,3 Millionen organisierten Arbeiter den genannten geringen bescheidenen Bedarf im Konsumverein deckten, dann wäre heute schon ein Jahresumsatz von mehr als 8 Milliarden Mark erzielt. Damit würden sie die Wirtschaft nicht beherrschen, aber wohl entscheidend mitbestimmen.

Das ist keine Utopie, das ist etwas, was Arbeitnehmer und Verbraucher sich ohne Mühe und Opfer, einzig und allein durch den Willen, sich selbst zu helfen, jederzeit schaffen können.

Daß sie es bisher nicht getan haben, beweist, wie wenig die Arbeitnehmer sich ihrer Verbrauchermacht bewußt sind. Dafür müssen Millionen Arbeiter heute in der Zeit der dauernden Wirtschaftskrise hüpfen, sie und ihre Familien! Heute steht die gesamte Wirtschaft, der Einzelhandel, selbst der kleine Krämer, „Arm in Arm mit Unternehmern und Banken in einer Front gegen die Bauarbeiter. Die Bauarbeiter und die Arbeiterchaft überhaupt sollten sich das merken und nie mehr vergessen, daß Arbeit und Verbrauch die Triebkräfte unserer Wirtschaft sind. Arbeitnehmer und Verbraucher können allein darüber verfügen, und deshalb sind sie stärker als alle knäuelvoll gefügten Organisationskräfte der Unternehmer und Händler.

Der Weg zur Selbsthilfe ist so einfach, er braucht nur beschritten zu werden, um zum Erfolge zu führen. Daran gehört jeder Arbeitnehmer in die Verbraucherbewegung in den Konsumvereinen.

Nachklänge

von unserer Lohnbewegung

Die umgebogene Wahrheit

Der Schlichter für den Bezirk Westfalen, Reichs- und Landesminister Reichlich, wendet sich an die Öffentlichkeit mit folgender Erklärung:

Eine Reihe von Industrieverbänden, darunter die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, hat in der Presse eine Anschuldigung zur Veröffentlichung im Baugewerbe veröffentlicht, in der folgende Behauptung aufgestellt wird: In manchen Bezirken, besonders im

rheinisch-westfälischen Industriebezirk, führten übermäßige Lohn erhöhungen durch den Schlichter dazu, daß die Bautätigkeit stillgelegt werden mußte. Dazu ist folgendes zu erklären:

1. Für die Schlichtung von Gesamtschlichtungen in Rheinland und Westfalen kommt nicht der Schlichter für den Bezirk Westfalen, sondern der Schlichter für den Bezirk Köln in Betracht.

2. Die gegenseitigen Söhne im Baugewerbe sind weder durch einen Schiedsspruch des Schlichters für Westfalen noch des Schlichters für das Rheinland zustande gekommen, sie sind vielmehr in freier Vereinbarung zwischen den beteiligten Arbeitgeberverbänden und den Bauarbeiterorganisationen in einer Verhandlung in Berlin abgeschlossen worden. Ein vom zuständigen Schlichter unterbreiteter Lohnvoranschlag wurde dabei ganz erheblich überschritten.

Damit entfallen die an die falsche Behauptung geknüpften Schlussfolgerungen.

„Eine peinliche Abkühlung!“ bemerkt dazu die „Voss. Zeitung“. Aber so, wie wir diese Herrschaften kennen, werden sie sich wenig daraus machen. Man hat sich halt „geirrt“, und wer wird denn auch gleich so empfindlich sein! — Zweierlei war mit der Rundgebung beabsichtigt: Erstens sollte sie den kämpfenden Bauarbeitern den Fangschuß geben, zweitens dem verhassten staatlichen Schlichtungsweisen ein auszuweichen. Beides ist ja nun zwar gründlich daneben gelungen, aber warten wir ab. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und all die anderen edlen Herrschaften, die mit unterzeichneten, geben ihr Spiel noch lange nicht verloren. Und nicht einmal die Hoffnung ist gerechtfertigt, daß sie künftig in der Wahl der Mittel wäherlicher sein werden.

Der ausgeschiedene Tiefbau

Der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes teilt in der Presse mit:

„Die im Arbeitsministerium am gestrigen Nachmittag eingeleiteten Verhandlungen zwecks Erklärung der Verbindlichkeit des am 14. August gefällten Schiedsspruchs für das Baugewerbe haben nach außerordentlich schwierigen, während der ganzen Nacht durchgeführten Verhandlungen am heutigen Vormittag zu einer Einigung geführt. Hierdurch wurde die angeordnete Generalausperrung aufgehoben.

Leider muß festgestellt werden, daß diese Einigung durch die Arbeitgeberverbände des Hoch- und Vortriebbaugewerbes mit schweren Opfern erkauft wurde. Nicht nur die Facharbeiterlöhne in den strittigen Gebieten wurden erhöht, sondern auch die Löhne der Hilfsarbeiter erfuhr teilweise eine Erhöhung bis zu 5 Pf. pro Stunde. Lediglich der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes E. B. Berlin hat, was die Tiefbauarbeiter anlangt, jede Lohnhöhung abgelehnt. Für die Tiefbauarbeiter ist deshalb in den strittigen Gebieten eine tarifliche Vereinbarung nicht zustande gekommen. Diese Tatsache dürfte jedoch keinerlei Schwierigkeiten nach sich ziehen.“

Es großt und gewittert in der Erklärung, jedoch dürfte das Aussehen des Tiefbaues „keinerlei Schwierigkeiten nach sich ziehen“. Das ist eine recht tröstliche Versicherung. Offenbar wollen die Tiefbauunternehmer damit sagen, daß sie auch ohne tarifliche Vereinbarungen tun werden, was sich gehört. ...

Die wahren Ursachen der Baukostenüberhöhung

In der allgemeinen Hege gegen die Bauarbeiter steht als Hauptargument immer wieder, daß die „hohen“ Bauarbeiterlöhne das Bauen erschweren, ja, direkt unmöglich machen. In dieser Behauptung nimmt ein Bauherr im „8-Uhr-Abendblatt“ (Berlin) Stellung. Wir zitieren nach dem „Vorwärts“:

„Ich bin im Begriff, ein Wohnhaus (Mietshaus) zu bauen. Zurecht wäre es auch mir angenehmer, wenn die Löhne die Gesamtkosten des Baus möglichst wenig belasten würden. Daß aber das Haus unrentabel wird, wenn die höheren Löhne bewilligt werden, ist einfach nicht wahr. Erstens hat der Bauunternehmer im Kontrakt Lohn erhöhungen ausgewonnen. Ich muß also die Lohn erhöhungen tragen, nicht die Baufirma. Zweitens aber ergibt das Haus immer noch einen ganz netten Uberschuß, wenn ich auch mit den erhöhten Löhnen belastet werde. Ich brauche in meinem Falle die Mieten auch nicht um einen Pfennig zu erhöhen, wenn die höheren Löhne bewilligt würden, weil bei Ausbruch des Streiks der Bau bereits zur Hälfte fertiggestellt war. Ich müßte mich eben nur selbst mit einem etwas kleineren Uberschuß begnügen, was schließlich kein Unglück wäre. Aber selbst, wenn das ganze Haus mit schon erhöhten Löhnen gebaut wäre, brauchte der Mietzuschlag, den ich infolgedessen erheben müßte, kein so hoher sein, daß die Mieter erheblich darunter leiden würden. Ueberschaupt würde die Frage der Löhne keine so große Rolle spielen, wenn der Zinsfuß für die ersten Hypotheken herabgesetzt werden könnte. Eine erste Hypothek kostet heute etwa 13 Prozent. Wenn die Hypothekenebenen und die öffentlichen Institute, an deren Spitze das Hypothekenamt der Stadt Berlin, statt 12 bis 13 Prozent Zinsen zu berechnen, nur 8 berechnen würden, dann ließe sich die Lohnfrage besser lösen. Da liegt der wahre Krebszahn. Das Hypothekenamt der Stadt Berlin bekommt sein Geld von der Sparkasse, die der Sparern ihrerseits nur 5 Prozent Zinsen zahlt. Warum muß dieses Geld mit 12 Prozent ausgeliehen werden?

Es hat also den Anschein, daß nicht die „hohen“ Löhne allein Schuld an der Teuerung beim Hausbau tragen. Der Hebel müßte vielmehr auch an anderen Stellen angefaßt werden.“

Somit, der Hebel müßte an anderen Stellen angefaßt werden. Da aber die gegen die Bauarbeiter

gehenden Leistungen mit wenigen Ausnahmen in der Abhängigkeit von irgendwelchen Industrielkonzernen sind und bekanntlich eine Krähle der anderen kein Auge ausmacht, wird über die wahren Ursachen der Baukostenüberhöhung der Mantel einer recht unchristlichen Nächstenliebe gedeckt und dafür um so lauter auf die „unverantwortlichen“ Forderungen der Bauarbeiter losgehoben. Und leider fällt ein großer Teil des Publikums immer noch auf den Schwindel herein.

Die Rabakalen im Kampf

Der „Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter“ hielt es für taktisch klug, den Bauarbeiterverbänden während des Kampfes vorzuwerfen, sie seien ungenügend vorbereitet in den Kampf gegangen. Wie diese Organisation der Beitragsgehenden für den Kampf gerüstet war darüber unterrichtet ein Rundschreiben ihres Bezirksvereins Aue (Sachsen), das zur Freude der Unternehmer durch die sächsische Presse ging. Das vom 5. August datierte Schreiben lautet nach den „Dresdener Nachrichten“ (Nr. 377 v. 13. 8. 25) wörtlich:

„Werte Kollegen! Der Kampf, den wir nun schon fünf Wochen gegen ein brutales Unternehmertum führen, hat natürlich ungeheure Opfer von uns gefordert. Und nicht erst heute, sondern schon vorige Woche waren unsere Mittel erschöpft. Dadurch glaubt das Unternehmertum uns müde zu bringen. Wir war es noch immer gelungen, die Mittel bereitzuhalten, aber diese Woche bin ich nicht in der Lage, voll auszusahlen, und so kommen, je nach den vorhandenen Mitteln drei bis vier Tage zur Auszahlung. Und darüber hinaus muß folgendes durchgeführt werden. Jeder, der kein Einkommen hat, hat das Recht, öffentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen, sei es Erwerbslosenunterstützung oder Fürsorgeunterstützung. Es wird hier und da vorgetragen, daß diese Unterstützung wieder zurückgezahlt werden muß, darauf könnt Ihr eingehen, wenn's dann so weit ist, geben wir Euch das Geld, damit Ihr zurückzahlen könnt. Die Hauptsache ist, daß Ihr jetzt Unterstützung bekommt, und den Kampf weiterführen könnt und gewinnt. Laßt Euch nicht abschütteln, Ihr habt nach dem Gesetz das Recht, Unterstützung zu fordern, wenn Ihr kein Einkommen habt, denn das Unternehmertum hindert Euch doch an der Arbeitsaufnahme, und der Kampf ist heute und morgen noch nicht entschieden. Also das muß unter allen Umständen durchgeführt werden. Dann weiter bringen unsere Kollegen, die schon zu neuen Bedingungen arbeiten, nicht genug Solidarität auf, indem sie sich weigern, die Kampfbeiträge zu zahlen. Das ist ganz unkollegial gehandelt, jeder hat nicht nur die Aufgabe, sondern die Pflicht, seinen kämpfenden Brüdern die Munition zuzuführen, die sie im Kampfe brauchen. Auch müssen in Euren Kasernen Sammelkassen von uns herausgegeben werden, damit die übrige Arbeiterschaft auch mit uns denkt und kämpft. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß Ihr diesen Dingen Verständnis entgegenbringt, und nach diesen Dingen handelt. Mit kollegialem Gruß Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bezirksverein Aue, gez. Fritz Hennig.“

Statt Streikunterstützung Verweisung an die Amtskassen! So endet die Herrlichkeit einer „Bewegung“, deren stärkste zusammenhaltende Kraft die Beitragsgehenden ist, und die glaubt, die elementarste gewerkschaftliche Tugend durch rabakale Phrasendrescherei ersetzen zu können.

Zur neuesten Unternehmeroffensive

„Soll in Not“, so tönt es durch die deutsche Lande wieder einmal in einer Stärke wie nie zuvor. Dieser Mahnruf müßte, seit den unglücklichen Tagen von Compiegne, wo sich deutsche Ohnmacht durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages ihren Feinden beugte, dauernd unser Volk beherrschen. Wer jedoch die Ereignisse seit jenen Tagen verfolgt hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieser Notruf erst dann wieder zur Geltung kommt, wenn es uns wieder einmal sehr schlecht geht. Immer, wenn Krisen einsetzen, wird versucht, der Gesamtheit unseres Volkes die große Not, in der wir leben, vor Augen zu führen. Zwischenmischselbman und füllt, soweit es einigen Wirtschaftsgruppen einigermassen gut geht, gar keine Rücksicht oder Bedenken mit dem Schicksal der Gesamtheit. Treten dann aber wieder Schwierigkeiten auf, dann tritt sofort auch wieder das Moment unserer inneren Zwietracht zutage und der elementarste Grundsatz, daß wir mehr als andere verpflichtet sind, einig zu sein, gerät vollkommen in Vergessenheit.

An schwereren Krisen hat es in den vergangenen Jahren gewiß nicht gefehlt. Sie waren nur immer die Vorzeichen jener Krisen, in die wir naturnotwendig hineinkommen mußten auf Grund unserer gedrängten politischen und damit auch wirtschaftlichen Lage. Der Moment, wo all die Versäuerungsverträge, wie der Versailles Vertrag und noch mehr das Dawesabkommen, zur vollen Auswirkung kommen, rückt immer näher. Die Schwierigkeiten, die sich einstellen müssen bei einem in seiner wirtschaftlichen Entfaltung so gebelkten Volke, werden immer beängstigender. War es auch möglich, manche Schwierigkeiten in den letzten Jahren zu umschiffen, so kommt doch jetzt die große Klippe, die starkes Nachdenken und innere Geschlossenheit unseres Volkes notwendig macht. Anstatt dessen offenbaren sich Dinge, die geeignet sind, das Loß unserer Wirtschaft, wie überhaupt unseres Volkes sehr schwarz sehen zu lassen. Die Verarmung seiner breiten Schichten zeigt sich in seiner vollen Größe und die sich daraus entwickelnden Stimmungen können katastrophale Auswirkungen haben. Interessenpolitik ist wieder einmal die Lösung des Tages geworden. Am deutlichsten offen-

hart sich das an jenen Kundgebungen fuhrender Wirtschaftsstreife, die zwar angeben, das Allgemeinwohl im Auge zu haben, deren Zweck aber sicher nur die Rettung des eigenen „Ich“ ist. Seit Monaten erscheinen Tag für Tag in der deutschen Presse Artikel, immer von gleicher Seite, die die Not der Zeit in möglichst schwarzen Farben zeichnen, aber immer die Tendenz der Wahrung des eigenen Vorteils tragen. Alle die Verlautbarungen und auch die neuerlichen Denkschriften der Unternehmer an die Regierung sind um so gefahrlicher und verurteilungswürdiger, als sie unberechtigte Anklagen gegen die Arbeitnehmer in sich tragen. Sündhaft ist es, immer wieder lesen zu müssen, daß die Forderungen und Wünsche der Arbeitnehmer dazu geführt haben und noch dazu führen, die wirtschaftliche Lage untraglicher zu machen. Daß die Vertretungen der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, nicht sehr liebevoll in diesen Verlautbarungen behandelt werden, ist eine Selbstverständlichkeit für die Verfasser.

Was ist nun an alledem? Wer die Verhältnisse der letzten Jahre betrachtet hat, wird sagen müssen, daß es sich hier um einen rigorosen Kampf gegen die Arbeitnehmer und um eine Generaloffensive gegen ihre Vertretung, die Gewerkschaften, handelt. Es ist eine Unwahrheit, die von seiten der Unternehmer immer der Deffentlichkeit suggeriert wird, daß die Gewerkschaften, aus der Erkenntnis der Selbsterhaltung heraus, Urheber der Schwierigkeiten sind, und daß sie bewußt darauf hinarbeiten, den Gegensatz zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber wachzuhalten. Sind denn bei den Unternehmern die Zeiten politischer Wirnisse in der Revolution vergessen? Damals hätte das Unternehmertum es gewiß nicht gewagt, Beschuldigungen gegen die Gewerkschaften vorzubringen, wie sie heute ausgestreut werden. In diesem Zusammenhang ist noch darauf hinzuweisen, daß es doch gerade sehr viele Unternehmerverbände gegeben hat, die es in dieser Zeit als ihre besondere Aufgabe betrachteten, die radikalen Gewerkschaften zu pouffieren. Wer ist es denn in der Folge gewesen, der den an sich so schönen und hohen Gedanken der Arbeitsgemeinschaft zerschlagen hat. Gewiß nicht die Arbeitnehmer! Durch Jahre haben sie ihn hochgehalten, während das Unternehmertum, durch die Konsolidierung unseres innerpolitischen Lebens und durch das Wachsen seines Einflusses ermutigt, ihn immer mehr einschleifen ließ. Die christlich-nationalen Gewerkschaften haben auch dann noch, als die freien und kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften Ende 1924 aus der Zentralarbeitsgemeinschaft austraten, auf der Aufrechterhaltung bestanden. In Sitzungen hat sich die Unternehmenseite zwar für den gleichen Standpunkt ausgesprochen, in Wirklichkeit aber mangelte es an dem Willen zur Tat.

Heute predigen die Unternehmer wieder in der Deffentlichkeit den Gedanken und die Bereitwilligkeit zu gemeinsamer Arbeit. Es ist aber nichts als eine schöne Rede, denn im Innern sieht man den Gedanken nur als ein Mittel zum Zweck an. Ein klassisches Beispiel für die Einstellung weiter und maßgebender Arbeitgeberkreise bietet doch wahrhaftig der Ruhrkampf. Es ist bedauerlich, diese Tatsachen nochmals anzusehen zu müssen. Während man immer wieder die Ueberlässigkeit der Gewerkschaften und ihren schlechten Willen beweisen will, ist doch allein aus dem heroischen Ringen an der Ruhr festzustellen, daß sie dort mehr als notwendig waren. Die Gewerkschaften haben sich als die starken Träger des Widerstandes erwiesen. Aus eigenem Willen und, es ist nicht zuviel gesagt, weil es in manchen Kreisen an Mut mangelte, haben sich gerade die Gewerkschaften in die vorderste Front der Abwehr gestellt. Wie oft hat man sich hinter der Stimme des arbeitenden Volkes und seiner Gewerkschaften verjüngt! All das, was ihnen in vergangenen Jahren an Mißheiligkeiten durch die Unternehmer widerfahren ist, hatten sie vergeblich zugunsten des Gedankens, für ihr eigenes Volk einzutreten zu können. Sei es, daß sie getreu der Mahnung der Regierung (kurz vor Beginn des Ruhrkampfes), um den Stand des Dollars zu halten, — obwohl die Teuerung rapide zunahm, — auf Lohnerhöhungen verzichteten, sei es, daß sie später alles einsetzten und immer bestrebt waren, unter Zurückstellung eigener Wünsche den Zusammenhang der Volksgenossen hochzuhalten. Wer erinnert sich nicht der herrlichen und mutigen Haltung der Befehlshaber bei Betriebsbesetzungen gegenüber den Feindmächten, wer erinnert sich nicht des Auftretens des Thyssen-Betriebsrates, der nach Mainz ins französische Hauptquartier reiste und die Freilassung des Oberz der Thyssenwerke verlangte! Sind das nicht Taten, die deutlich den Willen der Arbeitnehmer zu gemeinsamem Handeln beweisen? Sind es nicht Taten, die dokumentieren, daß den arbeitnehmenden Schichten, trotz eigener Not, das Interesse der Allgemeinheit über das eigene geht? Und wie stellt sich das Unternehmertum zu solchen Taten? — Als der Kampf an der Ruhr zu Ende ging und die Reichsregierung die Unterstützung an die Industrie einstellte, da hagelte es Entlassungen. Rücksichtslos wurden große Betriebe stillgelegt und Arbeiter und Angestellte ihrem Schicksal überlassen. Das war die Auswirkung des arbeitgemeinschaftlichen Gedankens, der sich auch heute wieder in gleich trassen Formen zeigt, der nach Auffassung der Unternehmer scheinbar nur dann in die Tat umgesetzt werden kann, wenn die Arbeitnehmer vor dem Unternehmer restlos kapitulieren. In gleicher Zeit, wo Regierung und Deffentlichkeit bestürzt werden mit der Versicherung, daß das deutsche Unternehmertum alles nur unter dem Gesichtswinkel der Liebe zum Volk sieht, erwägt man die Aussperrung von Hunderttausenden von Arbeitern. In Sachsen sind bereits Zehntausende von Textilarbeitern brotlos gemacht, weil sie sich nicht der Auffassung des Unternehmertums restlos beugen wollten. Das ist das wahre Gesicht des arbeitgemeinschaftlichen Gedankens der Unternehmer.

Wer diese Dinge sieht und noch etwas Objektivität in seiner Brust birgt, der wird dem Unternehmertum jedes Recht abprechen, die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften als wirtschaftsunvernünftig zu bezeichnen.

Am 12. Sept. 1925 ist der siebenunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1925 fällig.

Die Gewerkschaften wissen sehr wohl, daß wir mit unserer Wirtschaft nicht auf Kosten gebettet sind. Sie wissen aber auch die Ursachen zu erkennen, die nicht, wie das von Unternehmenseite gern betont wird, auf sozialem Gebiet liegen. Deutlich muß einmal ausgesprochen werden, daß man auf Unternehmenseite endlich den Mut finden muß, gegen Faktoren anzugehen, die die größte Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten tragen. Sie sind im eigenen Lager zu finden, und der Kampf gegen sie ist gewiß nicht so leicht wie gegen die Arbeitnehmer, dafür aber um so erfolgreicher und für die Allgemeinheit dienlicher. Die Arbeitnehmer werden sich in gerechter Entrüstung gegen die immer stärker werdende Offensive der Unternehmer zur Wehr setzen. Der Kampf der Unternehmer ist nichts als der Kampf um die Macht und die bedingungslose Unterwerfung der Arbeitnehmer. Daß bei diesen einsetzenden gigantischen Ringen kein Vorteil für die Gesamtheit geboren wird, ist verständlich. Die Arbeitnehmerseite weiß sich frei von der Schuld der Entfesselung solcher, die gesamte Volkseinheit schädigender Kämpfe. Ist es darum den Unternehmern wirklich ernst mit ihrer Liebe zu Volk und Staat, dann mögen sie ablassen von der nicht gerechtfertigten Kampfstellung gegenüber den Arbeitnehmern, die, es sei nochmals unterstrichen, nicht des Kampfes wegen, sondern in berechtigter Abwehr handeln.

J. Schuer.

Allgemeine Rundschau

Unsere Mission

Auf der Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes in Osnabrück hielt Kollege Stegerwald eine in der Deffentlichkeit viel vermerkte Rede über die Zukunftsaufgaben der christlichen Gewerkschaften. Es gilt daran zu arbeiten, daß Christentum und Wirklichkeit wieder einander näher gebracht werden. Wir müssen die sozialdemokratische Masse wieder zu einer vernünftigen nationalen Volkseinsparung bringen und das deutsche Bürgertum zu einer vernünftigen sozialen Auffassung. Die Arbeit muß dem Volksbewußtsein als Dienst am Volke eingepreßt werden.

Der Arbeiterkampf muß auch im Betrieb eine größere Befriedigung verschafft werden. Wege gibt es dafür viele. Sie müssen alle auf das sorgfältigste verfolgt und geprüft werden. Voraussetzung für die Umbildung im Betriebs- und Arbeitsverhältnis ist, daß der Gemeinschaftsgeist, der Genossenschaftsgeist und der Geist des Zureinander und Miteinander sich unter der Elite der Arbeiterkraft klar und bewußt herausbildet. Dann reißt auch die Stunde heran für den Arbeitsgemeinschaftsgedanken. Es muß jedoch eine verstärkte Sicherung der Arbeiterkraft für die Wechselläufe des Lebens geschaffen werden. Gegen Krankheit, Unfall und Invalidität besteht diese bereits. Für Arbeitslosigkeit muß sie baldigst nachgeholt werden. Daneben müssen wir den Sparinn der Arbeiterkraft nachdrücklich pflegen, damit sie nicht bei Unglücksfällen, vor denen keine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung den einzelnen Menschen schützen kann, völlig blank und mittellos dastehen. Mit einer gesunden Volkspolitik hängt zusammen eine planmäßige Wohnungs- und Siedlungspolitik. Hier gilt es viel Verfaultes aus dem letzten Jahrzehnt nachzuholen.

Gegenwärtig ist Deutschland wieder mit vielen sozialen Spannungen durchsetzt. Das ist natürlich im Hinblick darauf, was wir in den letzten elf Jahren erlebt haben. Gegenwärtig tritt neben der Kreditnot und ihren Begleitererscheinungen dreierlei Charakteristisches in Erscheinung. Den Unternehmern sind die Löhne zu hoch, sie klagen ständig über die hohen sozialen Lasten, und dann stehen wir vor einer gewaltigen Spanne des Preises vom Erzeuger zum Verbraucher, die sich zu einer sozialen Gefahr auswächst. In Deutschland generell von zu hohen Löhnen sprechen zu wollen, ist verfehlt. Im Gegenteil, die Kaufkraft der breitesten Schichten muß nachdrücklich und planmäßig gesteigert werden, weil nur dann ein aufnahmefähiger Innenmarkt geschaffen werden kann. Das ist mit einer Konsequenz des schon geschaffenen Zolltarifs. Die sozialen Lasten dürfen nicht für sich allein betrachtet werden. Sie sind ein Bestandteil der Lohn- und dann kommt es darauf an, welche Gegenleistungen den Söhnen und sozialen Lasten gegenüberstehen. Ein Unternehmer, der gut zu disponieren und Reizen zu beherrschen versteht, holt aus keinem Arbeiter Europas mehr heraus als aus dem deutschen. Der Preisspanne vom Erzeuger zum Verbraucher muß die allergrößte Sorgfalt zugewandt werden. Diese Entwicklung wird allmählich zum Kardinalprogramm des deutschen Wiederaufbaus. Mit Sozialpolitik allein ist in vielen Industrien der geschwächten Kaufkraft der Arbeiterkraft nicht beizukommen. Lohn- und Preispolitik müssen vielmehr auseinander abgestimmt werden.

Das zweite Vierteljahrhundert christlicher Gewerkschaftsgeschichte muß uns dahinbringen, daß die christlichen Gewerkschaften den Inhalt der deutschen Arbeiterbewegung bestimmen. Daneben müssen wir in starkem Maße in Verbindung mit den konfessionellen Landesvereinen und sonstigen sozial gesinnten Freunden einen starken Einfluß auf das deutsche Volksleben ausüben. Der Arbeitsgemeinschaftsgedanke muß durch uns Inhalt bekommen. Ein anderes Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit wird sich nicht durchsetzen lassen ohne das gezielte Streben der

christlichen Gewerkschaft. Die christliche Gewerkschaftsbewegung muß Großes wollen und darauf ihre Kräfte stützen und einstellen.

Die Arbeitslosigkeit steigt

In der Zeit vom 1. bis 15. August ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 197 000 auf 208 000, d. h. um rund 5 1/2 Prozent gestiegen. Im einzelnen hat die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 176 000 auf 186 000 zugenommen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich nicht nennenswert geändert. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 261 000 auf 265 000 gestiegen.

Der Jahresbericht des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine

für das Jahr 1924 liegt vor. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Jahres 1924 blieben nicht ohne starke Rückwirkung auf die Gesamtheit der Konsumgenossenschaften. Der Reichsverband zählte Ende 1923 insgesamt 484 Genossenschaften. Nicht weniger als 94 Vereine schieden durch Verschmelzung und Auflösung usw. aus, so daß dem Verband Ende 1924 noch 390 Vereine angeschlossen waren. Die Mitgliederzahl betrug am 31. 12. 1923 insgesamt 808 635 und am Jahreschluß 1924 noch 734 891, also ein Verlust von 73 000 Mitgliedern. Die Mitgliederzahlen zwischen dem 31. 12. 1914 und dem Jahreschluß 1924 zeigen eine Zunahme von 557 533 Mitgliedern. Das ist ein Beweis für die Ausbreitung des Genossenschaftsgedankens in der Kriegs- und Nachkriegszeit. Der Jahresumsatz zwischen 1914 und 1924 stieg um 54 337 603 M. Der Durchschnittsumsatz einer Genossenschaft betrug im Jahre 1924 253 000 M. Auf den Durchschnittsumsatz pro Mitglied entfielen 1914 noch 270,67 M., während es 1924 nur 134,60 M. sind.

In diesen Zahlen drückt sich die bedauerliche Untertreibung der Mitglieder aus in den Tagen, wo man „wieder überall kaufen“ konnte. Eigenproduktion hatten 33 Genossenschaften, insgesamt wurden 5745 Personen beschäftigt. Der Reinüberschuß betrug 1914 insgesamt Mark 4 476 853, während es 1924 nur 1 561 624 M. waren. Die Ursache liegt hier eben in den Aufwendungen für den Neuaufbau der Genossenschaften. Das Gesamtbild ist leider nicht anders, als es sich auch in der Privatwirtschaft zeigt. Es würde aber bedeutend besser, ja vielleicht sogar glänzend gegenüber der Privatwirtschaft sein, wenn die Massen der Kaufleute, die zur rückwärtsigen Ausnutzung der Vorteile in den letzten Jahren in die Genossenschaften eintraten, nicht nur Verkäufer, sondern wirkliche Genossenschaftsmitglieder wären. Auch die Genossenschaften machen ebenso wie die Gewerkschaften die traurige Erfahrung, daß sie in den Tagen der Not ausgezehrt wurden, aber für eine ruhige und zielbewußte Zukunftsarbeit nicht das notwendige Verständnis finden. Jeder überzeugte Gewerkschaftler sollte auch hier mitwirken, die Erfolge zu sichern, die in einer zielbewußten Gemeinschaftsarbeit zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften erreicht werden können.

Wieviel Zigarren und Zigaretten werden in Deutschland hergestellt?

Im abgelaufenen Rechnungsjahre wurden im Deutschen Reich insgesamt 25 Milliarden Zigaretten und etwas über 5 Milliarden Zigarren veräußert. Um sich ein Bild von dieser riesigen Zigarettenproduktion zu machen, muß man sich vergegenwärtigen, daß bei einer Bevölkerungszahl von 63 Millionen pro Kopf der Bevölkerung 393 hergestellte Zigaretten lämen. Die Zigarettenproduktion entspricht einer Produktion von 79 Zigaretten pro Kopf und Jahr. Es braucht wohl nicht weiter betont zu werden, daß diese Erzeugung nicht allein in Deutschland abgesetzt wird. Die Kohlaberzeugung stellte sich in der ersten Hälfte d. J. auf 511 000 Doppelzentner, was einem Werte von 112 Mill. Mark entspricht, und zwar wurde rund ein Drittel aus Sumatra und Java und ein weiteres Drittel aus den Balkanländern eingeführt.

Tarifbewegung

Bezirk Breslau

Frankenstein. Die christlich organisierten Bauarbeiter von Frankenstein und Umgegend nahmen in einer am Sonnabend, den 29. August, abgehaltenen gut besuchten Versammlung Stellung zu den Kämpfen und der angedrohten Generalaussperrung im Baugewerbe. In letzter Stunde ging die Nachricht von der Zentrale ein, daß durch Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern die Lohnfrage in den Kampfgebieten geregelt ist und sämtliche Kampfmaßnahmen aufgehoben sind. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit dem Artikel in der „Frankenfurter Zeitung“ vom 28. August d. J. Schärfster Protest wurde erhoben gegen die Behauptung des Provinzial-Arbeitgeberbundes, daß die Löhne in Frankenstein 95 Prozent über dem Friedenslohn liegen. Einwandfrei fest steht folgendes: Im Jahre 1914 verdiente der Maurer in Frankenstein in seiner tarifmäßigen Arbeitszeit in der Woche 26,46 M., jetzt 33,40 M. Das sind 37 Prozent über Friedenslohn und nicht 95 Prozent, wie der Arbeitgeberbund in dem genannten Artikel behauptet. Die Abzüge für Steuern und Versicherungsbeiträge sind gegenüber der Friedenszeit um 75 bis 100 Prozent gestiegen, so daß das Einkommen des Maurers noch heute einen großen Teil hinter der Teuerung zurückbleibt.

Die Versammlungsteilnehmer wollen jetzt ihre ganze Kraft zur Stärkung des Reichsverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands einsetzen, denn nur eine schlagende

Organisation ist imstande, eine Verschlechterung in der Lebenshaltung der Arbeiter zu verhindern und Verbesserungen der Lebensbedingungen zu erreichen.

Feuerungs- und Schornsteinbau

7. Lohnfestsetzung. Auf Grund des vorläufigen Reichslohn- und Arbeitsvertrages für feuerungstechnische Arbeiten vom 14. 8. 24* sind für die Zeit vom 3. September bis 2. Dezember 1925 nachfolgende Löhne festgesetzt:

Der Reichsgrundlohn wird in außerordentlicher Vereinbarung auf Grund V. B. 2a des Vertrages für die Zeit vom 3. 9. bis 2. 12. 1925 auf 110 Pf. festgesetzt. Danach betragen die Löhne in Pfennigen einschl. Gehirngeld:

	Deutschland:	Berlin	Hamburg
	ohne Berlin	vom 31. 8.	vom 16. 7.
	und Hamburg	bis 30. 11. 25	bis 14. 10. 25
Feuerungsmaurer	121	139	139
Feuerungshelfer	116	132	132
Schornsteinmaurer	138	158	158
Schornsteinmaurer, die noch nicht 1 Jahr im Schornsteinbau tätig sind	134	154	154
Schornsteinhelfer	127	145	145

Die Fahrten für die Fahrtentfärbung beträgt allgemein gem. V. D. 3a des Vertrages: Eisenbahnfahrpreis und 5 Pf. für jeden zurückgelegten Kilometer.

Die Aufwandsentschädigung gem. V. D. 3 des Vertrages beträgt allgemein: für Verheiratete 4,40 M., für Ledige 3,90 M.

Die Spannung an den einzelnen Bauorten zwischen Hochbauarbeiterlohn einschl. Gehirngeld einerseits und Facharbeiterlohn andererseits soll derartig sein, daß der Feuerungsmaurer stets 5%, der Schornsteinmaurer stets 10% über den Hochbauarbeiterlohn erhält. Helfer erhalten in diesem Falle den Hochbauarbeiterlohn. Gehirngeld, Begegeld sind mit einbegriffen.

Aus dem Verbandsleben

Fragen der Wirtschaftspolitik

Ueber dieses Thema sprach in der letzten Verwaltungsstellenkonferenz der Verwaltungsstelle Gladbeck der Kollege Einig. Er führte etwa aus:

Dem deutschen Volk geht es zurzeit in wirtschaftlicher Hinsicht nicht gut. Die steigende Deuenerung, die zweifellos noch durch die Verabschiedung der Steuern und Vollgesetze verschärft wird, hat die Gewerkschaften seit geraumer Zeit auf den Plan gerufen, das geringere Einkommen der Arbeitnehmererschaft zu heben bzw. der Deuenerung anzupassen. Die Unternehmer verschließen sich diesem berechtigten Verlangen, indem sie auf die derzeitige schlechte wirtschaftliche Lage hinweisen, wovon mehr oder weniger alle Gewerbe betroffen sind. Zu man greift zu Betriebsbeschränkungen und Entlassungen in großem Maßstabe.

Infolge dieser Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber in der Lohnfrage sind Streiks und Aussperrungen im ganzen Reiche ausgebrochen. Die in Frage kommenden gewerkschaftlichen Organisationen sind daher vor recht schwierige Aufgaben gestellt. Verschiedentlich greifen die staatlichen Schlichter ein, ja sogar das Reichsarbeitsministerium, allein das Ergebnis dieser Beratungen befriedigte beide Teile nicht. Es geht ein tiefer Zug der Erbitterung durch die Arbeitnehmererschaft, die, falls nicht in Bälde eine Erleichterung der Lebenslage eintritt, zu schweren Erschütterungen unserer Volkswirtschaft führen muß.

Welches sind nun die Ursachen dieser Verhältnisse? Wir tranken im Wirtschaftsleben an Kapitalnot verbunden mit Abwärtsentwicklung. Verschärft wird dieser Zustand noch durch den reaktionären Geist, der sich bei den Arbeitgeberverbänden in großem Ausmaße bemerkbar macht. Um das Maß voll zu machen, leiden wir aber auch hinsichtlich der Preisbildung an einem Zustand, der zu einer Katastrophe führen muß, wenn nicht von den maßgebenden Stellen hier baldigt Einhalt geboten wird. Stegerwald wies anlässlich der Kölner Tagung der Holzarbeiter schon mit Recht auf diesen wunden Punkt hin.

Bezüglich der Kapitalnot folgendes: Es ist richtig, daß dem deutschen Wirtschaftskörper finanzielles Blut fehlt. Die erhaltenen Kassen sind in den vielen Kassen unserer Volkswirtschaft verschwunden, ohne daß man Einbrecher verspürt hätte, ja man möchte bald bekämpfen, es ist schlimmer als das. Eine große Schuld tragen hieran die Großbanken. Der Zinsfuß für Hypotheken und tägliches Geld ist entsetzlich hoch. Man möchte fast sagen, daß das Geld nur deshalb jährlich auf den Markt kommt, um diese unerhörten Zinsen zu verlangen. Ich möchte hierbei unsere staatlichen Institutionen nicht ganz von Schuld freisprechen, weil auch sie dies Gehahren hinsichtlich der Geldverleihung zum Teil mitmachen. Es mag richtig sein, daß der Staat Geld braucht, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Allein auf diese Weise wird die Wirtschaft zu stark belastet. Der Fall Österreich zeigt mit aller Deutlichkeit, wohin es führt, wenn unsere Staat- und Reichswirtschaft willkürlich gehalten kann. Auf diesem Gebiete muß also unbedingt eine Änderung erfolgen, da von der Geldbeschaffung und der Erleichterung auf dem Geldmarkt die Gesundheit unserer Wirtschaft abhängt.

Eng mit dieser Frage verbunden ist die Abwärtskrise, die sich besonders im Ruhrgebiet allmählich zu einer katastrophalen Gefahr ausweicht. Eschlich ist richtig, daß wir an einer Weltkrisenkrise leiden, aber das Gesagte um dieses hilft uns nicht weiter. In England hat man uns in dieser Beziehung wieder überflügelt. Der englische Staat ist dem höchsten Berg durch Herabgabe von finanziellen Mitteln einwilligen beigesteuert, wodurch die Krise in etwa be-

hoben wurde. Bei uns würde eine bewertigte Unterstützung seitens der Reichsregierung in weiten Volkstreffen helle Entrüstung erzeugt haben. Dennoch stehe ich auf dem Standpunkt, daß etwas Durchgreifendes geschehen muß, soll nicht das Ruhrgebiet, welches sich tapfer während der ganzen Besatzungszeit hielt, vollständig in ein Chaos getrieben werden. Mit rein theoretischen Erörterungen kommen wir hierbei nicht weiter. Wenn von Staats wegen dem Ruhrbergbau und der Eisenindustrie in finanzieller Hinsicht nicht geholfen werden kann, dann müssen eben in feuerlicher Beziehung Erleichterungen geschaffen und durch Vermittlung von Anleihen aus dem Auslande eingegriffen werden. Dadurch werden die Betriebe wieder konkurrenzfähig gestaltet, und nach mancherlei Umstellung nach der technischen Seite, sowie durch Verfeinerung der Produktion wird es möglich sein, neue Absatzgebiete zu finden. Deutscher Unternehmungsgeist, im Verein mit den qualitativen Arbeitskräften dürfte dann gar bald wieder Weltberuf erlangen. Freilich müßte der Einfluß der Konzerne und Syndikate gewaltig beschnitten werden, da es diesen in der Vergangenheit weniger auf Qualitätsarbeit und Verfeinerung der Produktion ankam, als vielmehr darauf, möglichst viel Gewinne aus den Betrieben herauszuziehen, ganz gleich, ob die dort Beschäftigten Arbeitnehmererschaft als Menschen behandelt wurden oder nicht.

In diesen Zusammenhang gehört auch die dritte traurige Begleiterscheinung im Wirtschaftsleben. Der alte reaktionäre Schermschmerz hat sich in heftigstem Maße seit Wochen und Monaten wieder breitgemacht. Es scheint, als ob diese Preise Morgenluft wittern. Mit einer Rücksichtslosigkeit wird vorgegangen, die jeder Beschreibung spottet. Arbeitsentlohnungen, Entlassungen, Lohnkürzungen, brutales Vorgehen auf der Arbeitsstelle, das alles sind die Auswüchse kapitalistischer Machtgier zu einer Zeit, wo das Einkommen der breiten Masse kaum zum Leben reicht. Was ist darob geschehen? Die staatlichen und kommunalen Behörden erließen große Kundgebungen und Ermahnungen in der Presse zur Erneuerung des sozialen Gedankens. Ebenso taten in dieser Hinsicht die kirchlichen Instanzen ihre Pflicht. Die Arbeitnehmererschaft hat dieses alles gewiß dankbar vernommen. Allein der praktische Erfolg ist bislang gleich Null. Mir scheint, daß mit Moralpredigten unzeren Arbeitgeberleitungen nicht heizukommen ist. Klassenkampf propagieren wie die sozialistisch-kommunistische Bewegung als Mittel gegen die Auswüchse des Kapitalismus, lehnen wir entschieden ab, da dies aus einem Extrem ins andere führt. Vielmehr sind wir der Auffassung, daß neben einer Erneuerung des christlichen Gemeinheitsgedankens in erster Linie starke gewerkschaftliche Organisationen und gesetzliche Maßnahmen die Arbeitgeberleitungen wieder zur Vernunft bringen.

Setzt sich die Erkenntnis durch, daß der Arbeiter gleichberechtigt in der Wirtschaft ist, dann werden bestimmt die sozialen Spannungen im Wirtschaftsleben eingeebnet und Kämpfe in dem Ausmaße, wie wir sie jetzt haben, seltener werden. Selbstverständlich muß dann weiter alles getan werden, um die Kaufkraft des Geldes zu heben, mit anderen Worten, der Reallohn der breiten Masse muß eine Steigerung erfahren. Gewiß vernehmen wir aus der Presse, daß die Reichsregierung nach vorheriger Beratung mit den Wirtschaftsführern Schritte unternommen hat, um eine Senkung der Lebenshaltungskosten zu erwirken. Offen gestanden, begegnet dieser Schritt in weiten Volksschichten noch sehr viel Skepsis, da man nach der Richtung schon zweimal im vergangenen Jahre eine Enttäuschung erlebte. Dennoch hoffen wir, daß es diesmal der Regierung gelingt, eine Milderung in den Preisen des täglichen Bedarfs herbeizuführen. Wir müßten sonst mit banger Sorge an diesen Winter denken. Es ist ja ein Unglück bei den jetzigen Preisverhältnissen, daß die Arbeitererschaft an eine Einklemmung denken kann, sie kann ja kaum das tägliche Leben fristen. Entweder kommt ein Preisabbau, oder aber die Gewerkschaften sind gezwungen, weitere Lohnforderungen zu stellen. Letzteres ist uns selber nicht lieb. Deshalb wünschen wir, daß es der Regierung gelingt, endlich wieder gesunde Preisverhältnisse auf dem Warenmarkt zu schaffen, wodurch die Lebenslage der Arbeitnehmer eine Besserung erfährt. Auch auf das Verhältnis der Arbeitermassen zum Staat könnte eine solche Politik nur günstig wirken. Voraussetzung für den Erfolg dieser Richtlinien ist freilich, daß alle Volkstreu hierbei von dem nötigen sittlichen Ernst sich leiten lassen. Dann wird, dessen sind wir gewiß, trotz der Fesseln des Versailles Vertrags wieder die Morgenröte einer bessern Zukunft am wirtschaftlichen Himmel für unser Volk erstrahlen. Das wolle Gott!

Aus der Gesamtbewegung

Silberjubiläum des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter

Am 30. August traten der Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter und seine Berufsverbände in München zu seiner Silberjubiläumstagung zusammen. Eine Anzahl Vertreter aus Holland, Belgien und Österreich konnten begrüßt werden. Besonders wurde des verstorbenen ersten Zentralvorsitzenden Hans Braun gedacht, auf dessen Grabstein folgende selbsterwählte Inschrift steht: „Der ernstere Teil meines Lebens war im Kampfe die christliche Arbeiterfrage; dabei habe ich meinem Herrn und Gott iren gebiert.“ An der Jubelfeier beteiligten sich Tausende von Personen. Zahlreiche Festgäste hatten sich eingeschrieben; darunter Vertreter der staatlichen und kgl. Behörden, der konfessionellen Arbeitervereine usw. Besonders groß war die Zahl

der eingegangenen Glückwunschtelegramme und Zuschriften, so auch vom Arbeitsminister Dr. Braun und dem Internationalen Arbeitsamt in Genf. Ansprachen wurden gehalten von Sozialminister Oswald, Stegerwald, Monj. Walterbach, den holländischen Vertretern usw. Zu einer Verbrüderungsgesellschaft schickte sich die Auszeichnung von rund 20 Jubilaren. Die Festrede hielt der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Tremmel. Die Keramarbeitergruppe aus Meissen hatte dem Verbands eine kostbare Baise als Jubiläumsgeschenk überreichen lassen. Aus dem Geschäftsbericht ergibt sich, daß der Verband schon in diesem Jahre trotz aller Schwierigkeiten wieder 15 000 Mitglieder zunahm, die Vermögensverhältnisse nicht ungünstig sind, die Geschäftsführung eine gute war. Insgesamt sind in den 25 Jahren ausgegeben: 1 243 000 Goldmark für Lohnkämpfe, 1 131 000 M. für Unterstützungen, 40 000 M. für Rechtsschutz und 597 000 M. für Bildungswecke. Im Jahre 1922 war der Verband schon an 516 Tarifverträgen beteiligt, die 12 881 Betriebe umfaßten. Die 87 Seiten starke Festschrift enthält eine große Anzahl Aufsätze über die Tätigkeit des Verbandes nebst Schaubildern statistischer Art. An den vier Verhandlungstagen wurden Vorträge gehalten über: Die Jugendfrage, Das Tarifwesen, an die sich verschiedene Fachkonferenzen anschlossen. Ueber „Grundrissliches in der christlichen Gewerkschaftsbewegung sprach unter großem Beifall und unter Teilnahme zahlreicher Gäste Kollege Stegerwald. Das neuerliche Vorgehen der Arbeitgeberverbände wurde bedauerlich, gegen die Preistreiberischen Stellung genommen. Verlangt wurde die baldige Schaffung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Mitwirkung bei der Berufung des Vorsitzenden bei den zu schaffenden Arbeitsgerichten. Ausbau bzw. Hochhaltung des Schlichtungswesens. Ergänzung des Betriebsratsgesetzes und Förderung des Wohnungsbaues. Die Berufsverbände nahmen Stellung zur Sonntagsruhe, Luxussteuer, Frachtenreform, Handelsverträge, Staubgefähr, Berufskrankheiten, Unfallgefahren und nahmen dementsprechende Entschlüsse an. Die neuen Satzungen erfahren bedeutende Verbesserungen. Bedeutend erhöht wurden die Unterstützungssätze. Die Vorstandsmitglieder an der Verbandszentrale wurden wiedergewählt, während aus dem Reiche verschiedene neue Vorstandsmitglieder in den Vorstand aufgenommen wurden. Für eine Jubiläumstiftung sollen 10 000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Aus derselben sollen dann invalid gewordene Arbeiter nach einer Verbandszugehörigkeit von 25 Jahren einen Zuschuß zu ihrer Rente erhalten. Der Vorstand soll die näheren Bedingungen ausarbeiten. Am Grabe des verstorbenen ersten Zentralvorsitzenden Hans Braun wurde eine stille Trauerfeier abgehalten, bei der Herr Wettenmann und Monj. Walterbach redeten. — Wir sprechen dem Bruderverbände zu seinem Silberjubiläum unsere herzlichsten Glückwünsche aus.

Bekanntmachungen

Bezirk Nürnberg

Nach § 10 unserer Verbandsatzungen berufe ich eine **Bezirkskonferenz** für Sonntag, den 13. September 1925, vormittags 10 Uhr, im Bräustüb! „Selbsthilfe“, Gibitzenhof, Ecke Körnerstraße, ein.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rassenbericht.
2. Neuwahl des Bezirksvorstandes.
3. Vortrag des Kollegen Jacobi-Berlin.
4. Verschiedenes.

Zu dieser Bezirkskonferenz sind alle Verwaltungsstellen verpflichtet, nach Maßgabe der Satzung einen Delegierten zu entsenden. Dem Delegierten wird Fahrt 4. Klasse vergütet. Ebenso trägt die Bezirkskasse die Verpflegung für den Tag.

S. A.: Matth. Abt., Bezirksleiter.

Vertichtigung. Der Hinweis auf den fälligen Wochenbeitrag (dritte Seite, oben) ist infolge eines Verfehens von Nr. 35 ab falsch angegeben. Der zu zahlende Wochenbeitrag fällt immer mit der Nummer der „Baugewerkschaft“ zusammen. Demgemäß muß der Hinweis in Nr. 35 auf den 35., in Nr. 36 auf den 36. und in dieser Nummer auf den 37. Wochenbeitrag lauten. Wir bitten das Versehen zu entschuldigen. Die Schriftleitung.

Sterbetafel

Nach langem, schwerem Leiden entschlief am 21. August unser lieber Kollege **Johann Freund**. Bis zu seinem Tode hat er sich für die Interessen des Verbandes eingesetzt.

Verwaltungsstelle Bonn.

Am 25. August starb unser alter treuer Kollege **Josef Roshura** (Maurer) aus Bobref (Oberschl.) infolge Altersschwäche im Alter von 67 Jahren. Er war dem Verband getreu bis zum Tode.

Ortsgruppe Roshura.

Am 26. August starb nach siebenwöchentlicher Krankheit unser langjähriges und treues Mitglied, der Maurer **Georg Gahmann**, im Alter von 37 Jahren. Der Verstorbene hinterläßt eine Witwe mit sechs unmündigen Kindern.

Verwaltungsstelle Gelsenkirchen.

Durch einen Schlaganfall beim Baden starb unser Kollege **Franz Schalk** aus Durgoberbad.

Verwaltungsstelle Nürnberg.

Ehre ihrem Andenken!